



## Eier ohne Ei und Schale

Asketisch, tierethisch und antikapitalistisch? Der jüngere Veganismus folgt noch ganz anderen Motiven. Seite 23

Foto: 123rf/Kateryna Garyuk; unsplash/Brooke Lark [M]



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 31. März/1. April 2018

73. Jahrgang/Nr. 76

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Auge um Auge

Stephan Fischer über die Logik eines neuen Kalten Krieges

Die Osterzeit als eine Zeit der Besinnung und Einkehr – nicht in diesem Jahr, nicht in der internationalen Politik: Just am Karfreitag bestellte Russland die Botschafter mehrerer Staaten ein, die Ausweisungen von Diplomaten folgten. Dies ist eine Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten. Der wiederum die vermutete Beteiligung Russlands im Fall Skripal zugrunde liegt. Die Abfolge sich stetig aufschaukelnder Reaktionen folgt dabei dem alttestamentarischen Prinzip des Strafens, des »Auge-um-Auge, Zahn-um-Zahn«.

Erstaunlicherweise wissen die Beteiligten um die Sackgasse, in die sie sich damit begeben: Die jeweilige Reaktion des Gegenübers wird stante pede als »unangemessen« bezeichnet, auch wenn sie eine genaue Spiegelung des eigenen vorherigen Schrittes ist. Nur kommen sie offenbar nicht aus dieser Logik heraus.

Man muss nicht unbedingt gläubig sein, um an den Ostertagen an eine andere Möglichkeit, eine andere Logik zu denken – der neutestamentarischen des »Auch-die-andere-Wange-Hinhalten«. Hoffnungsloser Idealismus, nur ein Fügen gegenüber der Gewalt? Es ist dort auch etwas anderes herauszulesen – zwei zugewandte Wangen ermöglichen erst den Blick in das Auge des Gegenübers. Und vielleicht das Erkennen der eigenen Ängste im Blick des anderen.

Wenn nur noch Glauben über vermeintliche Absichten des anderen da ist – dann dreht sich die Eskalationsspirale weiter. Wissen übereinander erlangt man nur im Dialog. Aber der erfordert verbale Abrüstung. Und Besinnung.

## UNTEN LINKS

An diesem Sonntag, verehrte Leserinnen und Leser, gilt es, wachsam zu sein. Es handelt sich um den universumsweit zu begehenden Tag der Fake News, deren Tradition viel weiter zurückreicht, als viele glauben wollen. Zwar kommt es gerade bei Fake News aufs Glaubenwollen an, aber wissenschaftlich erwiesen ist, dass am ersten Tag des vierten Monats die Menschen einander seit jeher »durch erfundene oder verfälschte, meist spektakuläre oder fantastische Geschichten, Erzählungen oder Informationen in die Irre führen (hereinlegen) und so »zum Narren halten«, wie das Wahrheitsportal Wikipedia mitteilt. Weil man nie weiß, was morgen noch stimmt, sollten Sie sich bereits an diesem Samstag dem World Backup Day widmen, also dem Tag der Datensicherung. Ob es den tatsächlich gibt? Das wollte unser Fake-News-Ressort recherchieren, konnte aber den entsprechenden Archivordner leider nicht mehr finden. Deshalb unser Rat: Glauben Sie doch, was Sie wollen! wh

# Erdogan droht Paris

Frankreichs Präsident empfing kurdische Delegation / Empörte Reaktion aus Ankara



Rücken an Rücken, dabei waren sie da noch guter Dinge: Erdogan am 5. Januar 2018 auf Staatsbesuch in Paris.

Foto: AFP/ Ludovic Marin

Berlin. »Nach diesem Verhalten hat Frankreich kein Recht mehr, sich über eine einzige Terrororganisation, einen einzigen Terroristen oder Terroranschlag zu beschweren«, sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am Freitag in Ankara. »Diejenigen, die sich mit Terroristen ins Bett legen und sie sogar in ihren Palästen empfangen, werden ihren Fehler früher oder später erkennen.« Ein Sprecher Erdogans wurde noch deutlicher: Diejenigen, die sich mit »Terrororganisationen« solidarisierten, würden dieselbe Behandlung erfahren »wie Terroristen«, so Bekir Bozdağ über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Was war passiert? Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte – erstmals – am Donnerstagabend eine Delegation der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) in Paris empfangen und dieser Unterstützung zugesagt. Bei den SDF handelt es sich um ein kurdisch-arabisches Bündnis, das von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ angeführt wird. Im Kampf gegen den IS kooperiert das Bündnis mit den USA. Verwirrung herrschte nach dem Treffen mit Macron über die Art der zugesagten Unterstützung. Er habe die Entsendung von Truppen nach Manbidsch angekündigt, hieß es von SDF-Seite. Der Ely-

sée-Palast dementierte: Frankreich plane außerhalb des Kampfes gegen den IS »keine neuen Militäroperationen« in Nordsyrien.

Ankara droht mit einem Feldzug gegen die seit der Vertreibung des IS von YPG und YPJ kontrollierte Stadt Manbidsch. Anders als im von der türkischen Armee und verbündeten Rebellen eroberten Afrin sind die USA in Manbidsch direkt präsent. Ein türkischer Angriff könnte also zur Konfrontation zwischen NATO-Partnern führen. Am Donnerstag hatte US-Präsident Trump jedoch für Unklarheiten gesorgt. In einer Rede sagte er, der Syrien-Einsatz solle »sehr bald« beendet werden. net Seite 6

# Orte der Hoffnungslosigkeit

Bundesinnenminister Seehofer konkretisiert Pläne für Zentren zur Rückführung von Schutzsuchenden

Das Bundesinnenministerium bringt die Pläne für ein erstes Rückführungszentrum voran. Das soll zum Modell für die geplanten Anker-Zentren werden.

Von Stefan Otto

Allein schon das Wort »Anker-Einrichtung« sei ein »elender Euphemismus«, schimpfte der Linkspolitiker Jan Korte. Tatsächlich seien die neuen Abschiebezentren ein Instrument der Abschreckungspolitik. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, dann sollen Schutzsuchende künftig in großen Lagern ohne Privatsphäre und ohne jede Integrationsmöglichkeit untergebracht werden.

Die Bundesregierung plant, bis zum Herbst ein erstes Rückführungszentrum für Geflüchtete in Betrieb zu nehmen. Das kündigte Innenstaatssekretär Stephan Mayer (CSU) in der »Süddeutschen Zeitung« an. Die neue Einrichtung

sollte als Modell für die sogenannten Anker-Zentren dienen, in denen nach den Plänen der Großen Koalition künftig das gesamte Asylverfahren abgewickelt werden soll. Das Vorhaben werde »höchst prioritär betrieben«, so Mayer, der sich zuversichtlich gab, nach Ostern bereits ein Eckpunkttepapier vorlegen zu können.

Der Staatssekretär kündigte an, »für das Modellprojekt eine schon vorhandene Einrichtung zu nutzen«. Denkbare Standorte wären Manching oder Bamberg in Bayern, wo es bereits Transitzentren gebe. Auch die Erstaufnahmeeinrichtung im hessischen Gießen komme in Betracht. Dort sei Platz für insgesamt 13 000 Menschen, dazu weitere 3000 Plätze in ehemaligen US-Kasernen.

Für Korte ist klar, dass diese Lager »Orte der Hoffnungslosigkeit und Entmündigung« sein werden. Der Parlamentsgeschäftsführer der LINKEN hält es für »ungeheuerlich, dass noch nicht einmal

klar ist, ob und wie die Kinder geflüchteter Familien in diesen Lagern überhaupt zur Schule gehen dürften.«

Auch die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl äußerte deutliche Kritik. Ihr Geschäftsführer Günter Burkhardt befürchtet, dass in den Zentren Schutzbedürftige möglicherweise zur Rückkehr in ihre Heimatländer gedrängt werden könnten, was den Gedanken eines fairen Asylverfahrens untergraben würde.

Neben einer freiwilligen Rückkehr will die Bundesregierung künftig vermehrt auf Abschiebungen setzen. Dafür solle die Zahl der Abschiebehaftplätze stark erhöht werden, erklärte Mayer. 400 Abschiebehaftplätze in ganz Deutschland seien »deutlich zu wenig«. Der Bund werde bei den Abschiebungen künftig mehr Verantwortung übernehmen, aber auch die Länder müssten sich stärker einbringen, so der Staatssekretär.

Längst arbeitet Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) an einem »Masterplan«, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Dafür will er sich rasch mit den zuständigen Behörden und Vertretern der Länder zusammensetzen.

Auf Gegenwind stößt der Innenminister indes bei der Bundespolizei. Sie soll die Rückführungslager künftig leiten, fühlt sich dafür aber nicht zuständig: »Bewachung und Betreuung von Ausreisepflichtigen ist keine polizeiliche Aufgabe«, sagte Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in der Bundespolizei. »Wir bilden nicht Polizisten aus, um Haftanstalten zu betreiben.« Mit Agenturen. Kommentar Seite 2



## Russland wehrt sich mit gleicher Münze

Ausweisung zahlreicher Diplomaten aus EU-Ländern und den USA

Moskau. Russland weist im Streit mit dem Westen wegen des vergifteten Ex-Agenten Sergej Skripal auch vier Angehörige der deutschen Botschaft aus. Das teilte das Auswärtige Amt in Berlin am Freitag mit. Das russische Außenministerium hatte zahlreiche europäische Botschafter einbestellt und ihnen Ausweisungen verkündet.

Bereits am Donnerstagabend hatte Russland die Ausweisung von 60 US-Diplomaten sowie die Schließung des US-Generalkonsulats in St. Petersburg angekündigt. Damit reagiert Moskau auf die Entscheidung von rund 25 Staaten sowie der NATO, mehr als 140 russische Diplomaten des Landes zu verweisen.

Großbritannien macht Russland für den Anschlag auf Skripal verantwortlich, hat aber keine Beweise dafür vorgelegt. Moskau bestreitet eine Verwicklung. dpa/nd Seite 7

## Rüstungsexporte angeprangert

Ostermarschierer demonstrieren in mehr als 90 Städten für den Frieden

Berlin. Die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung haben am Karfreitag mit Aktionen in sechs Bundesländern begonnen. Auftakt war eine Kundgebung in Chemnitz. »Wir fordern Abrüstung für das Leben und die Zukunft, für Klima und Umwelt«, sagte Reiner Braun, Co-Vorsitzender des International Peace Bureau, vor dem Rathaus. Er warnte vor einer Verdoppelung der Rüstungsausgaben und verlangte den Abzug der Bundeswehr aus »meist völkerrechtswidrigen Interventionskriegen«. Bis Ostermontag sind in mehr als 90 Städten Kundgebungen geplant.

Der Brandenburger Politiker Bernd Lachmann hat im Vorfeld der Märsche eine Initiative gestartet, um 2018 zum Jahr des Friedens zu machen. Er will regionale Friedensforen veranstalten, um u.a. den Zusammenhang von Pflegenotstand und Rüstungshaushalt zu verdeutlichen. nd Seiten 5 und 14

## BMW muss Diesel zurückrufen

Kraftfahrt-Bundesamt bemängelt unzulässige Abschaltvorrichtungen

Berlin. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) hat einen Rückruf von mehr als 11 000 BMW-Dieselautos angeordnet, damit unzulässige Abschaltvorrichtungen bei der Abgasreinigung entfernt werden. Der Bescheid vom 13. März betreffe die Fahrzeugtypen BMW 750 3.0 Diesel Euro 6 und BMW M550 3.0 Diesel Euro 6, teilte das Verkehrsministerium am Freitag in Berlin mit. Die von BMW vorgelegte technische Änderung an den Fahrzeugen werde derzeit vom KBA geprüft, sie solle zeitnah freigegeben werden, erklärte das Ministerium.

Die Münchner Staatsanwaltschaft hatte die BMW-Zentrale vor knapp zwei Wochen durchsucht und Ermittlungen wegen Betrugsverdachts eingeleitet. BMW hatte im Februar mitgeteilt, dass rund 11 000 Dieselaautos mit einer falschen Abgas-Software ausgestattet worden seien. Das Programm sei für die SUV-Modelle X5 und X6 entwickelt worden, aber »irrtümlich« auch auf zwei 5er und 7er-Modelle aufgespielt worden. dpa/nd

ISSN 0323-3375

